

# Das Revolutionsjahr 1989

Die demokratische Revolution in  
Osteuropa als transnationale Zäsur

Herausgegeben von Bernd Florath

Vandenhoeck & Ruprecht





# Analysen und Dokumente

Band 34

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Vandenhoeck & Ruprecht

# Das Revolutionsjahr 1989

Die demokratische Revolution in Osteuropa  
als transnationale Zäsur

Herausgegeben von Bernd Florath

Vandenhoeck & Ruprecht

Umschlagabbildung:

Kundgebung von Teilnehmern der Menschenkette, mit der am 23. August 1989 Bürgerinnen und Bürger der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen an den Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 erinnerten und die Wiederherstellung ihrer nationalen Unabhängigkeit einforderten.

© dpa Picture-Alliance GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-35045-4

ISBN 978-3-647-35045 5 (E-Book)

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen/  
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Oakville, CT, U.S.A.  
[www.v-r.de](http://www.v-r.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Printed in Germany.

Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhalt

Einleitung .....	7
<i>Ágnes Heller</i>	
Nach zwanzig Jahren .....	17
<i>Alexander von Plato</i>	
Internationale Bedingungen der Wiedervereinigung.....	29
<i>Victor Zaslavsky</i>	
Čornobyľ, Katyn und Gorbačev.....	43
<i>Ilko-Sascha Kowalczyk</i>	
Revolution in der DDR.....	57
<i>Bernd Florath</i>	
Die SED im Untergang.....	63
<i>Tomáš Vilímek</i>	
Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989 .....	105
<i>Raluca Groseanu</i>	
Interpretationen der rumänischen Dezemberereignisse von 1989 .....	123
<i>Matthias Braun</i>	
Rolle der Künstler/Schriftsteller im Herbst 1989 und die obsoleete Stellung der Zensur in der DDR .....	137
<i>Christian Halbrock</i>	
Kirche und Kirchen im Vorfeld sowie in den Revolutionen.....	149
<i>Svitlana Hurkina</i>	
Der Prozess der Legalisierung der Ukrainischen Griechisch- Katholischen Kirche und die Unabhängigkeit der Ukraine .....	165

*Reinhard Weißhuhn*

Die ungarische demokratische Opposition und ihre Kontakte zur DDR-Opposition .....	187
---	-----

*William Totok*

Zwanzig Jahre lang im Visier der Securitate .....	197
---	-----

*Jerzy Holzer*

Der Runde Tisch .....	225
-----------------------	-----

*János Rainer*

Bewältigung und Kenntnis der Vergangenheit in Ungarn seit 1989 – ein vielfältiges Erbe .....	233
---	-----

Anhang .....	247
--------------	-----

Abkürzungen .....	249
-------------------	-----

Zu den Autoren .....	251
----------------------	-----

## Einleitung

Die Umbrüche, die sich in den Jahren 1989 bis 1991 im kommunistischen Teil Europas vollzogen, veränderten nicht nur das Angesicht dieser Gesellschaften grundlegend. Sie beendeten nicht allein die europäische Nachkriegszeit. Sie ließen eine ganze Weltordnung hinter sich, die sich mit den Resultaten des Ersten Weltkriegs etabliert hatte. Das Jahr 1989 steht als Zäsur am Ende des kurzen 20. Jahrhunderts wie Eric Hobsbawm das Zeitalter der politischen Bipolarität von 1917 bis 1989 genannt hat.

Für die Völker des östlichen Europa erfüllte sich der jahrzehntealte Traum der Zugehörigkeit zur westlichen Welt, d. h. zu dem Raum, in dem die politischen Werte der amerikanischen und französischen Revolutionen sich in langwierigen, opferreichen, von Irritationen und Rückschlägen nicht freien Kämpfen durchgesetzt hatten.

Diese Beschreibung des Umbruchs von 1989, die aus dem allgemeinen Vergleich der politischen Verhältnisse, die zuvor herrschten, mit den Resultaten der Entwicklung gewonnen werden kann, ist so allgemein, aus einer äußerst abstrakten welthistorischen Perspektive gewonnen, dass sie zugleich unhistorisch wird, so sie als Erklärungsmodul für die demokratischen Revolutionen und umwälzenden Reformen in den Staaten sowjetischen Typs dienen sollte.

Gemeinhin operieren historiographische Darstellungen kleinteiliger: Je nachdem, ob sie einen internationalen, außenpolitischen oder einen nationalen, innergesellschaftlichen Fokus ins Auge fassten, kommen sie zu mitunter kontroversen Erklärungen derselben Vorgänge und heben auf einander widersprechende Ursachen und Kernentwicklungen ab. Der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks erscheint auf der einen Seite als das Resultat des westlichen Erfolges im Kalten Krieg über ein ökonomisch und politisch letzten Endes unterlegenes Gesellschaftsmodell. Dieser These wird unter Verweis auf das seit 1990 deutlicher werdende Unvermögen zur Lösung globaler Fragen mitunter entgegengehalten, dass der Westen nicht gesiegt habe, sondern nur übrig geblieben sei. Doch ist diese, zumeist aus der Perspektive alter Eliten des Ostens vorgebrachte These nicht in der Lage, die außenpolitische, internationale Richtigkeit der heftig umstrittenen Gegenthese Fukuyamas vom »Ende der Geschichte«<sup>1</sup> im Sinne des Endes der bipolar alternativen Wege in die und durch die Industriegesellschaft schlüssig zu widerlegen.

1 Vgl. Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.



In der Tat erwies sich keine dieser Vereinfachungen als geeignet, der Komplexität auch nur nahe zu kommen, die sich aus der wechselseitigen Überlagerung und Beeinflussung der sich in globalen, nationalen, regionalen oder gar innerhalb kleinerer Gruppen der Gesellschaft vollziehenden Prozessen auf internationaler und transnationaler Ebene ergab und die erst in ihrer Totalität das ergeben, was wir als die Umbrüche der Jahre 1989 bis 1991 ansehen.

20 Jahre nach den Ereignissen fand ebenso weltweit eine Reihe von öffentlichen Diskussionen und erinnerungspolitischen Events statt, die sie auf unterschiedlichen Ebenen zu vergegenwärtigen trachteten. Der Fall der Berliner Mauer – die Ikone des Epochenwechsels – wurde an Orten problematisiert, die im Jahre 1989 noch kaum eine präzise Vorstellung von diesem monströsen Bauwerk hatten.<sup>2</sup>

In Berlin trafen sich Ende Mai 2009 Tausende Teilnehmer auf dem »Geschichtsforum 1989/2009. Europa zwischen Teilung und Aufbruch«<sup>3</sup>, wo auf verschiedenen methodischen Ebenen die unterschiedlichsten Aspekte der Revolutionen von 1989 diskutiert und erinnert wurden. Im Rahmen dieses Geschichtsforums veranstaltete die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR eine internationale wissenschaftliche Konferenz unter dem Titel »Das Revolutionsjahr 1989 – Die demokratische Revolution in Osteuropa als Zäsur der europäischen Geschichte«, die sich dem Thema in multiperspektivischer Weise näherte.

Die Beiträge der Tagung, von denen in diesem Band einige wiedergegeben werden,<sup>4</sup> näherten sich der Problematik sowohl aus weltgeschichtlicher Perspektive wie aus regionalhistorischer. Die Spannweite dieser Annäherungen unterscheidet sich insofern deutlich, als es in der Intention der Diskussion stand, sowohl in der Streuung der nationalen und regionalen Zugänge die

2 Vgl. Heidenreich, Ronny: Die Berliner Mauer in der Welt, hg. v. d. Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin 2009; Ders.: Eine Mauer für die Welt. Inszenierungen außerhalb Deutschlands nach 1989. In: Henke, Klaus-Dietmar: Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 440–455.

3 Internationales Forum für Wissenschaftler, Kulturschaffende, Politik, Medien und Öffentlichkeit zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution, veranstaltet unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten von der Bundeszentrale für Politische Bildung, der Kulturstiftung des Bundes und der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Institut für Zeitgeschichte Berlin/München, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und Gegen Vergessen, für Demokratie e. V., 28.–31.5.2009.

4 Die Beiträge sind zum Teil überarbeitete Vorträge dieser Tagung, zum Teil folgen sie dem Duktus des auf der Tagung gesprochenen Wortes. Soweit sie in englischer Sprache gehalten wurden, sind sie vom Herausgeber übersetzt worden. Die Transkription russischer und ukrainischer Texte folgt den Regeln der wissenschaftlichen Transliteration, aus der sich eine Reihe von Abweichungen zu den gebräuchlichen unterschiedlichen Schreibweisen westeuropäischer Sprachen ergeben. Bei den Ortsbezeichnungen wird dabei versucht, der Schreibweise des jeweiligen Landes zu folgen. Hieraus ergibt sich u. a. dass der ukrainische Ort Čornobyl', der gewöhnlich unter seinem russischen Namen genannt wird, gewissermaßen repatriert wird, was freilich nicht bedeuten soll, dass die sowjetische Verantwortung für die Reaktorkatastrophe nunmehr auch der Ukraine zugerechnet werden sollte.

Weite der möglichen Fragestellungen anzudeuten als auch die einander überlagernden Kontexte hervortreten zu lassen, indem den unterschiedlichen politischen Ebenen, auf denen sich die zur Revolution summierenden Umwälzungen vollzogen, Raum gegeben wird.

Ägnes Heller befragte den Durchbruch der ost- und ostmitteleuropäischen Staaten zur freiheitlichen Demokratie als einen Akt bürgerschaftlicher Selbstermächtigung, der keineswegs im Sinne einer historischen Logik von Weltgeschichte den »Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit« (Hegel) als einen Prozess darstellt, der sich jenseits der Aktivität politisch handelnder Individuen vollzieht. So bleibt dieser Durchbruch nicht ungefährdet, kann nicht stabil verlaufen jenseits der beständigen Teilnahme der Bürger an ihm. Diesem welthistorischen Herangehen, das auf eine Deutung der Epoche im Sinne europäischer Freiheitsentfaltung zielt, steht als gleichermaßen mikrohistorischer Ansatz die Studie Svitlana Hurkinas gegenüber. Sie untersuchte die Rückgewinnung religiöser Selbstbestimmung der griechisch-orthodoxen Ukrainer als eine konkrete Form, in der sich diese Anteilnahme von Bürgern an der Rekonstruktion eines Gemeinwesens vollzog, die sich in der Ukraine mit der Unabhängigkeit der Nation gegen äußere Fremdbestimmung auch als die Durchsetzung einer verfassten Gesellschaft auf der Basis der Pluralität der sie fundierenden Gemeinschaften im Inneren durchsetzte. Obzwar diese, besonders in den westlichen Teilen der Ukraine das Gesicht der demokratischen Selbstermächtigung prägenden Auseinandersetzungen kaum einen Weg bis ins öffentliche Bewusstsein West-, ja nicht einmal Mitteleuropas fanden, bildeten sie einen wesentlichen Teil der sich so unpräzise »Ruch« (Bewegung) nennenden Bürgerbewegung, die sowohl die demokratische als auch die nationale Neudefinition der Ukraine vorantrieb. Ist es eine Ironie der Geschichte, dass sich die bürgerliche Emanzipation in diesem konkreten Falle in der Rekonstitution einer nationalen Religionsgemeinschaft vollzieht? Oder steht die Wiederherstellung der griechisch-katholischen Kirche im pluralen Konzert differenter Vergemeinschaftungen in der sich entfaltenden modernen Gesellschaftlichkeit nun da als die Aufforderung, das in der französischen Aufklärung gewachsene Verständnis des laizistischen Staates aus der quasireligiösen Einführung zu lösen, die selbst zu schnell in die neuen Kulte der jeweils »Höchsten Wesen« lockte? Die freie, d. h. multikulturelle und multikulturelle Gesellschaft kann vielmehr die Unterdrückung religiöser Gemeinschaften weder durch den Staat noch durch einzelne Gemeinschaften ertragen. Diese Verbindung von gesellschaftlicher Emanzipation und Wiedergewinnung moderner Freiheiten für in der Vormoderne wurzelnde Gemeinschaften – zweifelsohne ein Prozess mit nicht immer leicht beherrschbaren Risiken – zeigte sich auch in durchaus vergleichbarer Weise in den Staaten des Baltikums, in denen die katholische wie die protestantischen Kirchen Wesentliches zur demokratischen Revolution beitrugen. Kein Beitrag, der nicht zugleich in sich widersprüchlich gewesen wäre.

Für die DDR kann dies Christian Halbrock belegen. Insbesondere die protestantischen Kirchen erwiesen sich als wirkungsmächtige Faktoren: Sie stellten den Bürgerinnen und Bürgern innerhalb der Diktatur den am ehesten gesicherten Raum zur Verfügung, in dem sich diese als politische Gegenmacht formieren konnten. Doch zugleich blieben sie religiöse Gemeinschaft. Als Körperschaft zögerten sie eher, unmittelbar als politischer Akteur aufzutreten. Als verfasste Gemeinschaft verfolgten sie zwischen Staat und revoltierenden Bürgern gegebenenfalls Eigeninteressen, die im günstigen Falle nach beiden Seiten moderierend wirkten.

Die von den verblühenden Diktaturen als Moderatoren des Machterhalts angedachten Institutionen der Runden Tische konnten, wo von den noch herrschenden Kommunisten Gewalt gescheut wurde, die sich ändernden Kräfteverhältnisse nicht mehr verschieben.

Das sich in der Alltagskommunikation auf eine mediale Metapher reduzierende Phänomen der Runden Tische erweist sich in der näheren Betrachtung Jerzy Holzers aber gleichermaßen als Indikator der jeweiligen Verschiedenheit revolutionärer Umbrüche ostmitteleuropäischer Staaten wie als eine kommunizierende Röhre, durch die Erfahrungen anderer Nationen in die eigenen politischen und kulturellen Bedingungen übersetzt wurden.

Dabei fallen Intention der Akteure und Resultate ihre Handlungen mitunter signifikant auseinander. Der wenige Monate nach der Konferenz so unerwartet verstorbene<sup>5</sup> Soziologe Victor Zaslavsky – als ins Exil gezwungener sowjetischer Dissident ebenso wie Ágnes Heller und William Totok zugleich Personifizierung der historischen Prozesse, die zur Debatte standen – betrachtet die Wurzeln der folgenreichen Politik Michail Gorbatschows. Der Umbau der versteinerten Verhältnisse im Sowjetreich, der Epoche des Stillstandes,<sup>6</sup> eine Politik, die unter der russischen Bezeichnung Perestrojka in die Sprachen der Welt eingegangen ist, war verbunden mit Glasnost', Transparenz, Offenheit. Zaslavsky rekonstruiert die konkreten Zwänge, die diese Politik initiierten wie deren Schranken, die die politische Offenheit sehr wohl mit kommunistischer Wahrheitspolitik, d. h. gelenkter und eingeschränkter Öffentlichkeit verband. Doch Glasnost' erwies sich in ihrer Eigendynamik als mehr als es in der reduzierten deutschen Übersetzung des Wortes zu sein schien: Das russische Wort гласность steht etymologisch nicht, wie in Deutschland häufig angenommen wird, in irgendeinem Zusammenhang mit Glas, woraus eine Deutung im Sinne von Durchsichtigkeit hergeleitet werden könnte, auch nicht mit dem

5 Vgl. Corradi, Juan E.: Victor Zaslavsky (1937–2009). In: Telos, [http://www.telospress.com/main/index.php?main\\_page=news\\_article&article\\_id=345](http://www.telospress.com/main/index.php?main_page=news_article&article_id=345) (letzter Zugriff: 15.5.2011).

6 »В жизни общества начали проступать застойные явления.« – Auf diese knappe Formel brachte Michail Gorbatschow die Beschreibung des Zustandes der UdSSR vor 1986. – Политический доклад центрального комитета КПСС XXVII съезду коммунистической партии Советского Союза. Москва 1986, S. 4.

russischen глаз (Auge). Es enthält den Stamm голос (Stimme), dessen Form глас i. e. S. die (äußere) Fähigkeit zu sprechen beschreibt, Stimmhaftigkeit (гласные звуки – Selbstlaute, Vokale), hieraus entspringt die Bedeutung von Glasnost' als Redefreiheit, und die aus diesem Kontext geborene Bedeutung der Öffentlichkeit.<sup>7</sup>

So verwandelte sich das Anliegen Gorbačëvs, die Folgen der der bürokratischen Geheimhaltung und Undurchsichtigkeit zuzuschreibenden Katastrophe von Čornobyľ durch Transparenz besser bewältigen zu können, in einen Durchbruch zu einer der elementaren bürgerlichen Freiheiten: der Freiheit der Rede mit ihren nur noch gewaltsam abweisbaren Konsequenzen.

Der Einfluss dieser Politik des mächtigen Generalsekretärs auf die von der UdSSR abhängigen Staaten war essenziell, doch anders als die Durchsetzung des Kommunismus unter Stalin nicht in der Art und Weise, dass ihnen eine neue Politik oktroyiert wurde, sondern gerade durch den gegenteiligen Weg. Gorbačëv, der die sowjetischen Satrapen dadurch zu beruhigen versuchte, dass er ihnen die Souveränität zur Fortsetzung stalinistischer Gewaltpolitik zubilligte, eröffnete den abhängigen Nationen damit zugleich auch die Freiheit, dieselben Satrapen zu stürzen. Die Paradoxie dieser Situation hat György Dalos beschrieben:

»Ein direkter Export der Perestrojka oder eine Umsetzung der Glasnost in den kleineren mittel- und osteuropäischen Ländern stand niemals zur Debatte. Der Wandel im Zentrum übte ohnehin eine magische Wirkung auf die Peripherie aus, eine tödliche Parodie auf das Wunschbild der Sowjetunion als Leuchtturm der Hoffnung für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten der Welt.«<sup>8</sup>

Tatsächlich agierten in den Jahren des Umbruchs auf internationaler Ebene eine Reihe von Akteuren, die ihre politischen, ja im Sinne ihres epochalen Charakters, historischen Ziele verfolgten. Diesen ist Alexander von Plato nachgegangen. Deutlich wird, folgt man den Intentionen, Planungen, Strategien, kleinen und größeren taktischen Finten der Akteure des weltpolitischen Machtspieles, wie sehr sie zugleich davon abhängen, dass ihnen einerseits die Brüche, Bewegungen und Drücke innerhalb der jeweiligen Gesellschaften in die Hände spielen, und sie andererseits an deren Eigensinnigkeiten immer wieder dort scheitern, wo sie

7 Vgl. Vasmer, Max: *Étimologičeskij slovar' russkogo jazyka* (Russisches Etymologisches Wörterbuch). *Perevod s nemeckogo i dopolnenija člena-korrespondenta AN SSSR O. N. Trubčëva, hg. v. B. A. Larin*. Bd. 1, 2. Aufl., Moskva 1986, S. 410 u. 431. Das Stichwort гласъ in Vladimir I. Dal': *Tolkovyj slovar' živago velikorusskago jazyka* (Erklärungswörterbuch der lebenden großrussischen Sprache). Bd. 1, 2. Aufl., S.-Petersburg, Moskva 1870, S. 355, enthält die Ableitung гласность = известность (Bekanntheit), общеизвестность (Allgemeinbekanntheit), оглашение, огласка (etwas bekannt machen, verkünden) sowie auf гласник, ein in der russisch-orthodoxen Kirche verwendetes Gesangbuch, mit Vorgabe der Noten und Texte für den Gottesdienst.

8 Dalos, György: *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*. München 2009, S. 31.

sie als bloße Figuren eines globalen Schachspiels zu benutzen gedenken. Vielleicht liegt es, um einen Vergleich von Henry Kissinger hier verfremdend aufzugreifen,<sup>9</sup> daran, dass, während die Politiker Schach spielten, sie von den Völkern als Knöpfe eines undurchschaubaren Go-Spiels gesetzt wurden.

Helmut Kohl ist häufig vorgeworfen worden, er habe die deutsche Einheit künstlich forciert. Folgt man aber den Protokollen seiner je nach Notwendigkeit drängenden, subtil nachfragenden, ermunternden wie einschüchternden Telefonate, so zeigt sich, dass er ohne Zweifel dem Impuls folgend, in der Unübersichtlichkeit der politischen Gemengelage des Ost-West-Konflikts, Möglichkeiten wahrzunehmen, die der Teilung Deutschlands ein Ende setzen können, sehr bewusst nicht jenseits der Chancen operierte, die sich international wie innerhalb der beiden deutschen Staaten erst eröffneten. Es hieße seine politische Intelligenz zu unterschätzen, unterstellte man ihm, dass er sich des Risikos nicht bewusst gewesen wäre, das tagespolitische Thematisierung seiner Intentionen zum falschen Zeitpunkt aufgeworfen hätte. Zurückhaltend zeigte er sich daher auch, als sowohl seine westlichen Verbündeten wie neue Partner im Osten zunächst irritiert auf die sich bahnbrechende Volksbewegung in der DDR mit den erwachenden gesamtdeutschen Sehnsüchten reagierten. Als sich Lech Wałęsa bei ihm am 9. November 1989 über die unübersichtliche Lage in der DDR beklagte und sich fragte, »was geschehen werde, wenn die DDR ihre Grenzen voll öffne und die Mauer abreiße – müsse dann die Bundesrepublik Deutschland sie wieder aufbauen«,<sup>10</sup> verwies er auf die in der DDR notwendigen Entwicklungen, die einem Eingreifen der Bundesrepublik vorausgesetzt seien.

Dennoch war das internationale Gleichgewicht zu keinem Augenblick in solch hohem Maße gefährdet wie im Augenblick seiner Auflösung. Die über Jahre, ja Jahrzehnte geradezu äquilibristisch ausgehandelten internationalen Regelwerke entsprachen in ihrer Unbeweglichkeit so sehr der inneren Verfasstheit des Ostblocks der Brežnev-Ära, dass sie zwangsläufig in Erschütterung gerieten, als der neue Generalsekretär der KPdSU sein Land wieder in Bewegung zu setzen versuchte. Tastend, wie in einem zwar ausbalancierten, aber vollkommen instabilen Gebäude, konnte jeder falsche Schritt ganze Wände zum Einsturz bringen. Am Ende ist nicht mehr klar, welche maroden Teile absichtsvoll eingerissen wurden und welche eher versehentlich einstürzten.

Die Staatsangehörigen der Diktaturen sowjetischen Typs usurpierten ohne behördliche Genehmigung ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger, verweiger-

9 Vgl. Kissinger, Henry: China. Zwischen Tradition und Herausforderung. München 2011, S. 36 f.

10 Küsters, Hanns Jürgen; Hofmann Daniel (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998 (Dokumente zur Deutschlandpolitik. Sonderedition). Dok. 76, Gespräch Kohl mit Walesa, 9. November 1989, S. 493.

ten sich in wachsendem Maße, als Illustration parteiamtlicher Deklarationen Beifall zu zollen und Volk von Staaten zu sein, die Volkssouveränität als Souveränität des Staates über seine Bürger verstanden. Am Anfang des stürmischen Jahres 1989 vermerkten die beiden engagierten Beobachter der osteuropäischen politischen Szene, Frank Herterich und Christian Semler, dass Protest und Opposition in Osteuropa spätestens seit Gründung von Solidarność aufgeht hatten, das Werk weniger Dissidenten zu sein: »Mit der polnischen Krise 1980/81 wandelte sich im Laufe weniger Monate eine scheinbar atomisierte und amorphe ›Masse‹ in eine Zivilgesellschaft.«<sup>11</sup>

Der ungarische Philosoph Ferenc Fehér entwarf angesichts dieses Aufbruchs am Anfang des achten Jahrzehnts ein Szenarium für die Entwicklung des Ostblocks, das mit frappierender Genauigkeit all jene Entwicklungen antizipierte, die sich mit der Etablierung Michail Gorbachevs als Generalsekretär der KPdSU durchsetzten.<sup>12</sup>

Keine Umwälzung glich der anderen. Doch alle griffen ineinander. Die asynchrone Weise, in der Impulse aufgegriffen wurden, die aus anderen Staaten kamen, erscheint mitunter zufällig, ja sogar auf Missverständnissen – wenn auch sehr produktiven – zu beruhen. Ironische Selbstreflexion dieser Revolutionen ist möglicherweise eine der historischen Premieren, die die Zäsur von 1989 präsentierte: Das bekannte und unterdessen oft reproduzierte Graffito »Polen – 10 Jahre; Ungarn – 10 Monate; DDR – 10 Wochen; ČSSR – 10 Tage«<sup>13</sup> war von vorn wie von hinten zu lesen: Als Reverenz vor dem langen Kampf der polnischen Gesellschaft mit ihrem Staat ebenso wie als eine vor der Geschwindigkeit des Erfolges der Tschechen und Slowaken. Indes lag auch der tschechoslowakischen Geschwindigkeit der lange Weg von beharrlichen Bürgerinnen und Bürgern im Streit mit der Diktatur zugrunde, wie Tomáš Vilímek deutlich werden lässt. Vilímek widmet sich hier zugleich einem Sektor der Auseinandersetzungen, der sich wiederum in einer Reihe anderer Ostblockstaaten wiederfindet. Die Auswirkungen kommunistischer Industriepolitik auf die Umwelt hatten sich keineswegs als denen kapitalistischer Marktwirtschaften überlegen erwiesen. Vielmehr schienen sie technologischen Entwicklungskonzepten des 19. Jahrhunderts anzuhängen, deren Konsequenzen für die ökologischen Lebensbedingungen nicht nur in der ČSSR zu einem weiteren Konflikt-herd wurden, der die Gesellschaft zur Auflehnung gegen die Diktatur drängte.

11 Herterich, Frank; Semler, Christian: Vorwort. In: Dies. (Hg.): Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen. Frankfurt/M. 1989 (edition suhrkamp; 1560), S. 8.

12 Vgl. Fehér, Ferenc: Die sozialistischen Länder Osteuropas am Beginn der 80er Jahre. In: Brus, Włodzimierz; Fehér, Ferenc; Michnik, Adam: Gruppe Erfahrung und Zukunft [Grupa Doświadczenie i Przyszłość]: Polen – Symptome und Ursachen der politischen Krise. Hamburg 1981, S. 188–222.

13 U. a. abgebildet als Umschlag von: Osteuropa 59(2009)2–3.

Am Beispiel der DDR wird sichtbar, wie diese verschiedenen Spannungen 1989 in der Friedlichen Revolution kumulieren, deren Vielfältigkeit Ilko-Sascha Kowalczyk in einem knappen Überblick nur anreißen kann. Matthias Braun beleuchtet das Gewicht der künstlerischen Intelligenz, die sich aus einem Teil der staatssozialistischen Halböffentlichkeit einerseits selbst emanzipiert, andererseits aber ihre privilegierte Stellung als stellvertretender Träger öffentlicher Debatten verliert. Schließlich widmet sich der Beitrag des Herausgebers dem inneren Zerfall der Staatspartei: Durch die Selbstermächtigung ihrer Mitglieder, die in der Selbstentmachtung der SED endete, trugen sie mit dazu bei, die friedlichen Rahmenbedingungen der Umwälzung nicht infrage zu stellen.

Bemerkenswert, trotz aller Verschiedenheit, war für die Umbrüche der Jahre 1989 bis 1991 aber auch der in der Regel geringe Widerstand der alten Eliten: Bis an die Zähne bewaffnet, in nach militärischer Logik strukturierten Parteien organisiert, wichen sie zurück, verschwanden ihre Protagonisten in den verschiedensten Teilen einer sich auffächernden Gesellschaft, als seien sie nie Kommunisten gewesen. Sollte der eine Teil der Formel Lenins, wonach revolutionäre Situationen voraussetzten, dass die Herrschenden in alter Form ihre Herrschaft nicht mehr fortzusetzen in der Lage seien, sich in den durch jahrelange ideologische Schulung traktierten Köpfen der Genossen niedergeschlagen haben, so schritten sie zwar diskret, aber mit einiger Konsequenz zur Selbstauflösung der stotternden Herrschaftsstrukturen, indem sich das kommunistische Fußvolk klammheimlich aus ihnen davonestahl, während den Herren der Nomenklatura Kader ebenso wie Kadergehorsam abhanden kamen. Wo sie den Griff ins alte Terrorarsenal wagten, scheiterten sie kläglich. Der russische Augustputsch 1991 wirkt angesichts der blutigen Geschichte des russischen Kommunismus eher als Farce. Dagegen zwangen die rumänischen Kommunisten ihrem Volk noch tagelange opferreiche Kämpfe auf, deren Zielrichtung ebenso schwer durchschaubar blieb, wie ihre Protagonisten. Sie sind, wie Raluca Grosescu betont, noch immer Gegenstand von gegensätzlichen, bis ins Absurde reichenden Interpretationen. Ist der so jämmerliche Abgang der einstigen Avantgarde der Weltgeschichte – abhängig von der jeweiligen Position der Betrachter – nun ein Indiz für uneingelöste Vorteile der alten Regime oder nur seiner inneren Ausgehöhltheit? Der Schein des großen Konsenses im Umbruch ist ebenso sehr eine Wurzel der Verklärung wie der Dämonisierung geworden.

Der Erfolg der Revolutionen ist, soweit er im Sturz der kommunistischen Regime bestand, keineswegs zwangsläufig verbunden mit Akzeptanz freiheitlicher Demokratie. Sie erscheint zugleich als etwas Fremdes, konfrontiert mit ungewohnten Gefahren und Herausforderungen. János Rainer skizziert einen signifikanten Aspekt dieser Problematik am Gegenstand der ungarischen Debatten über das Erbe der kommunistischen Vergangenheit. Die teilweise ana-

chronistische Vernutzung vergangenheitspolitischer Debatten für aktuelle politische Kontroversen scheint begründet in der Spannung zwischen dem Selbstbewusstsein der Selbstbefreiung und den Folgen der wirtschaftlichen Schwäche, in der diese stattfand, die Rainers Kollege Attila Ágh als Paradoxie des Übergangs beschrieb:

»Paradoxically, although countries such as Poland and Hungary mostly ›liberated‹ themselves, their liberation from the Soviet empire was, at the same time, a ›defeat‹ for them. Because of their structural and conjunctural weakness, they have had to accept the model of Western democracy that has been the fundamental precondition for their acceptance in the international system. We can therefore consider these emerging new democracies as ›forced‹ or ›imposed‹ ones. They were, in fact, ›forced to be free.‹<sup>14</sup>

Die litauische Soziologin Rasa Balockaitė hat im Rückblick auf die beiden Jahrzehnte des Postkommunismus festgestellt, dass auf dem Weg in die Europäische Union unter den Litauern einerseits große Skepsis gegenüber der anscheinend wurzellosen freiheitlichen Kultur des Westens existiere. Andererseits herrsche ein Minderwertigkeitsgefühl, seitdem die enorme Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, die die Umbrüche von 1989 begleitet hatte, geschwunden sei. Schließlich sei man nunmehr eine »ganz normale europäische Nation geworden, nicht besonders gesegnet, aber auch nicht verdammt.«<sup>15</sup>

Der Weg der befreiten Völker in die Gemeinschaft der europäischen Demokratie erwies und erweist sich so durchaus nicht als bloß folgerichtige Selbstverständlichkeit. Er führt über fremdes Gelände, bedarf vielfacher Anstöße und allenthalben immer wieder aufs Neue begonnener Vergewisserung über die selbst gesetzten Ziele. Seine internationalen, diplomatischen Rahmenbedingungen sind nur die eine Seite der Medaille. Die Gesellschaften, die über Jahrzehnte abgeschottet blieben, müssen ihre Begegnung ebenso erlernen wie die eigene Demokratie.

Dennoch war die transnationale Verknüpfung bereits von sehr bewussten Voraussetzungen begleitet: Oppositionelle der Ostblockstaaten standen schon seit Jahren im intensiven Austausch. Reinhard Weißhuhn reflektiert in seinem Beitrag die Auseinandersetzungen in der ungarischen Opposition und deren Einfluss auf die in der DDR. William Totok widmet sich der Untergrundliteratur der deutschen Minderheit in Rumänien. Beide waren wichtige Akteure

14 Ágh, Attila: The Paradoxes of Transition: The External and Internal Overload of the Transition Process. In: Cox, Terry; Furlong, Andy (Hg.): Hungary, the politics of transition. London, Portland 1995, S. 15.

15 Balockaitė, Rasa: Demystifying social reality: European Integration processes in Lithuania. In: Voicu, Bogdan (Hg.): Globalization, European integration and social development in European postcommunist societies [a round table for young social scientists from CEE, Sibiu, 5–9 September 2003]. Sibiu 2003.

[http://stiinte.ulbsibiu.ro/sociologie/NYESS/Papers\\_Sibiu\\_2003/02.rasa%20balockaite.pdf](http://stiinte.ulbsibiu.ro/sociologie/NYESS/Papers_Sibiu_2003/02.rasa%20balockaite.pdf) (letzter Zugriff: 5.8.2011).



dieser Opposition und zugleich Mittler zwischen den Ländern. Nicht zuletzt waren es die Völker der baltischen Staaten, die schon im August 1988 ihr Freiheitsstreben in den ganz Ostmitteleuropa betreffenden historischen Zusammenhang stellten. Dieser ergab sich aus den Vereinbarungen sehr unterschiedlicher Regierungen, die aber in einem entscheidenden Punkt in der gleichen Logik operierten: internationale politische Interessen jenseits des Willens jener Menschen zu definieren, die in den Resultaten dieser Pakte ausharren mussten. Schon zum 48. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes gingen deshalb am 23. August 1987 in den baltischen Staaten Bürgerinnen und Bürger auf die Straße.<sup>16</sup> Die Folgen des Paktes der beiden Diktatoren am Vorabend des Zweiten Weltkrieges lasteten ebenso auf dem Leben der Menschen wie die Folgen des Paktes der Alliierten am Ende desselben Krieges, den diese im Kampf gegen den vom Nationalsozialismus vollzogenen Zivilisationsbruch 1945 in Jalta geschlossen hatten. Es ist die Logik der elementaren Erfahrung der menschlichen Objekte dieser gegensätzlich intendierten Großmachtpolitik, die ihre Emanzipation unter die Symbole beider sie heimsuchenden Diktaturen stellt – selbst wenn deren historische und politische Verortung weitaus präzisere Analyse heischt.

Wie das Foto der Demonstration vom 23. August 1988 an der lettisch-estnischen Grenze, das 2009 der Einladung zur Konferenz und nunmehr diesem Buch als Titel dient, sinnfällig macht, stand die Selbstbefreiung vom Joch kommunistischer Diktaturen von Anbeginn unter der selbstverständlichen Voraussetzung des Antifaschismus. Eine Voraussetzung, die, weil sie beständig gegensätzlichen Anfechtungen unterworfen bleibt, immer wieder neu herzustellen ist.

Am Ende offenbart gerade die grenzüberschreitende Perspektive auf die Revolutionen von 1989 bis 1991 trotz der Fülle bisheriger Forschungen zugleich die Vielfalt der offenen Probleme, die sich ergeben, wenn nach der wechselseitigen Abhängigkeit der Einzelvorgänge gefragt wird. Wie der Schmetterling im brasilianischen Urwald das europäische Wetter antreibt, erweisen sich die heimlichen griechisch-katholischen Nonnen in der Westukraine als »wackerer Maulwurf«<sup>17</sup> der Weltgeschichte.

Bernd Florath

16 Vgl. Beissinger, Mark R.: *Nationalist mobilization and the collapse of the Soviet State*. Cambridge, New York 2002 (Cambridge studies in comparative politics), S. 63.

17 Hegel, G.W.F.: *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*. 3. Bd., Leipzig 1971, S. 622.

Ágnes Heller

## Nach zwanzig Jahren

Das Sowjetregime und sein Reich sind vor 20 Jahren verschwunden. Meiner Generation erscheint das, als sei es gestern erst geschehen, für unsere Enkel aber gehört es schon zur Geschichte.

Das 20. Jahrhundert begann mit dem Ersten Weltkrieg, das 21. Jahrhundert mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa.

Mit der Sowjetunion verschwand nicht nur die letzte totale, sondern überhaupt die letzte Diktatur von unserem Kontinent. Europa wurde zum ersten Mal in seiner Geschichte zu einem demokratischen Kontinent. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestanden hier neben den kommunistischen noch drei weitere Diktaturen. Der Zusammenbruch der griechischen, spanischen und portugiesischen Regime war eine Vorbedingung für die Erweiterung der Europäischen Union. Der Zusammenbruch des sowjetischen Systems hingegen war die Vorbedingung für das Entstehen eines künftigen geeinten europäischen Staatenbundes.

Doch nicht nur die politische Landkarte Europas, auch die der Welt hat sich drastisch verändert. Die totalitäre Großmacht UdSSR war im Besitz eines riesigen Arsenal modernster, darunter nuklearer Waffen. Nicht nur Europa – die ganze Welt lebte in Furcht vor einem dritten Weltkrieg.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetregimes gab es Stimmen, die vom Beginn der Zeit des Ewigen Friedens sprachen, vom Ende der Geschichte oder von der Endgültigkeit des Sieges der Demokratie. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Unser Erdball blieb ein gefährlicher Ort. Es gibt neue terroristische Regime und Organisationen, auch neue Diktaturen – wenngleich nicht in Europa. Nicht einmal die Möglichkeit eines nuklearen Krieges ist vollkommen ausgeschlossen. Wir leben in einer Welt der Furcht.

Dennoch sind unsere Hoffnungen nicht enttäuscht worden. Die Hoffnungen der Bevölkerung der ehemaligen Sowjetkolonien, der unterdrückten ost- und mitteleuropäischen Staaten waren kühn. All diese Völker waren gleichermaßen unterdrückt worden, sie hatten ihre nationale Unabhängigkeit verloren, die entscheidenden Institutionen dieser Staaten waren gleich gestaltet, imitierten dasselbe Modell. Die kommunistische Partei, wie immer sie auch hieß, war die Quelle aller Macht. Keines dieser Regime besaß eine eigene Legitimität.

Allerdings waren Grad und Charakter der Unzufriedenheit verschieden. Die Stärke und Schwäche des geistigen oder praktischen Widerstands hing von sehr unterschiedlichen Faktoren ab, wie den nationalen Traditionen, der

härteren oder milderen Politik der Machthaber, dem Lebensniveau der Bevölkerung usw.

Mit Ausnahme der Tschechoslowakei hatte keiner dieser Staaten eine eigene demokratische Erfahrung. In vier Staaten (der DDR, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen) gab es offenen Widerstand gegen das Sowjetregime. In Ungarn sogar eine über zehn Tage anhaltende Revolution. Alle Formen des Widerstandes, ob es sich um Revolutionen, Reformen oder alternative bürgerchaftliche Organisationen handelte, wurden zerschlagen, dreimal durch die Sowjetarmee. Die niedergeworfenen Völker haben aus diesen, sich wiederholenden Gegenschlägen die sehr rationale Lehre gezogen, dass im Grunde jede Art von Widerstand nutzlos sei und es keine Hoffnung mehr gäbe. Man musste mit dem Regime einen Kompromiss eingehen, um als Nation überleben zu können. Die Völker der Satellitenstaaten schwankten zwischen überspannten Hoffnungen und übertriebener Hoffnungslosigkeit.

Das Jahr 1989 kam überraschend und unerwartet. Nicht dass es keine Hinweise gegeben hätte. Es gab Signale: Die rasche Verbreitung der Samisdatpublikationen in mehreren osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion, das Auftreten demokratischer Oppositionsgruppen zum Beispiel in Ungarn, der nie vollkommen verdrängte Einfluss von Solidarność in Polen hätten als Vorboten gelten können. Doch die Erfahrungen aus mehr als 40 Jahren waren nicht vergessen. Den Zusammenbruch des ganzen Systems sah niemand voraus. Er kam, als niemand mehr auf ihn hoffte. Das große Ereignis, das man nicht erkämpfen konnte, kam als ein Geschenk des Schicksals.

Dabei sind die wesentlichen politischen Ereignisse immer Früchte des Zufalls. Der Erste Weltkrieg – die Urkatastrophe Europas – war ebenso zufällig wie die Machtergreifung Hitlers. Chancen für einen Zusammenbruch der Sowjetherrschaft bestanden sowohl 1945 wie 1956. Allein – es kam nicht dazu.

1989 indes war der führende Mann in der Sowjetunion, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, zufällig Michail Gorbachev. Hätte man 1985 einen anderen gewählt, würden wir noch heute unter der Sowjetherrschaft leben. Der sogenannte Dominoeffekt benötigt Jemanden, der den ersten Stein umstößt; und zwar nicht an der Peripherie, wie es 1956 in Ungarn der Fall war, sondern im Zentrum. Dann bricht das ganze Gebäude zusammen. Dann gibt es keine Armee mehr, die die Revolte aufhalten könnte. Man braucht dann keine Revolten mehr.

Es gibt Analytiker, die die Auffassung vertreten, dass die Nationen der postkommunistischen Länder sich deshalb in ihren Erwartungen getäuscht sehen, weil sie ihre Freiheit nicht in einer Revolution erkämpft hätten. Das ist Wunschdenken. Es ist wie jede Form des Wunschdenkens historisch problematisch. Die zufällig zustande gekommene Vergangenheit kann man nicht ändern, man kann sie nur interpretieren.

Die zuvor unterdrückten Völker bekamen, was sie bekommen wollten: die Möglichkeiten demokratischer Institutionen und der freien Marktwirtschaft. Doch sie hatten sich beides anders vorgestellt. Wie ich schon angedeutet habe, fehlten die demokratischen Traditionen und, was die Marktwirtschaft betrifft, hatten sich die Menschen über eine zu lange Zeit an einen gewissen Paternalismus gewöhnt. Die Anziehungskraft der Freiheit ohne Wohlstand hat sich verringert, seit die Freiheit Wirklichkeit geworden ist. Zugleich werden die Freiheiten zumindest in einigen Ländern zur Überraschung und Empörung der demokratisch-liberalen Linken vor allem durch rassistische und extreme politische Bewegungen und Parteien ausgenützt.

Nicht nur die europäische Landkarte der politischen Ordnungen, auch die politischen Grenzen Europas haben sich verändert. Zuerst kam es zur Wiedervereinigung Deutschlands. Der hier nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Status quo hatte allen Sinn und jede Berechtigung verloren. Die DDR verschwand, ein geeintes Deutschland war geboren. Zugleich kam es zur Befreiung der baltischen Nationen, zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands, Litauens und Estlands.

Nicht nur der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Status quo hatte sich als problematisch erwiesen, auch der nach dem Ersten Weltkrieg oder noch früher entstandene blieb nicht unangetastet. Parallel mit der Vereinigung Deutschlands zerfielen das Russische Reich, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Die beiden zuletzt erwähnten Staaten waren eine Schöpfung der Großmächte nach dem Ersten Weltkrieg, das Russische Reich schon lange vor dem Ersten Weltkrieg eines der wichtigsten Imperien Europas.

Es stellte sich schnell heraus, dass Staaten verschiedener Nationalitäten und Religionen nur durch eine Diktatur zusammengehalten werden können. Im Augenblick ihrer Transformation zur Demokratie, ja selbst im Falle der Veränderung in Richtung einer bloß scheinbaren Demokratie ohne starke Zentralmacht können dieselben Nationen und Religionen nicht mehr unter einem Dach leben. Es entstanden nationalistische und fundamentalistische Bewegungen, die zur Auflösung des Russischen Reiches und zur Geburt vieler unabhängiger Staaten beitrugen. Das alles fand jedoch nicht ohne Gewalt statt. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Europa wieder Kriege. Und diese Kriege waren auf dem Balkan zusätzlich mit ethnischen Säuberungen und Massenmorden verbunden.

Der großen Begeisterung folgte der Schock. Europa hat sich angesichts dieses unerwarteten Ereignisses eben nicht vorbildlich verhalten. Es waren dies erste Schritte zu der Einsicht, dass die List der Vernunft, wie sie Hegel beschrieben hat, sich auch heute durchsetze und die Geschichte nicht an ihr Ende gelangt sei. Zur List der Vernunft gehört aber nicht nur Schatten sondern auch Licht.

Nahezu alle einst sowjetisch beherrschten Staaten sind früher oder später der Europäischen Union beigetreten. Anfangs war dieser Weg von größtem Enthusiasmus begleitet. Doch der Enthusiasmus der ersten Jahre hat sich gelegt, die Union wird eher als Quelle ökonomischer Hilfe denn als politische Entität angesehen.

Die Schwierigkeiten, denen die europäischen Demokratien, besonders die der Europäischen Union, gegenüberstehen, kann man in den früher sowjetisch dominierten Staaten am besten beobachten, doch auch in anderen Ländern zeigen sich dieselben oder ähnliche Probleme.

Vor 20 Jahren wurde die europäische Landkarte neu gezeichnet, wodurch sich auch der Geist Europas verändert hat. Der Zusammenbruch des kommunistischen Reiches hat nämlich die Völker der demokratischen Staaten Europas nicht nur von ihrem sogenannten natürlichen Feind auf dem Kontinent befreit, sondern auch von der ständigen Gefährdung durch dessen direkte oder indirekte Einflussnahme auf die europäische Innen- und Außenpolitik. Als die Sowjetunion noch mächtig war, gab es angesichts dieser Situation zwei verschiedene Haltungen in Westeuropa. Die eine, meist von den Regierungen eingenommene, bestand in der Stärkung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten, die andere, die der sogenannten Friedensbewegung, unterstützte praktisch, in indirekter Weise, die sowjetische Politik.

Seit den Römischen Verträgen, mit denen vor mehr als 50 Jahren die Fundamente einer zukünftigen Europäischen Union gelegt wurden, ist die Union als ein Zeichen dafür angesehen worden, dass Europa nicht nur eine ökonomische Macht darstellt, sondern auch dazu bereit sei, jenseits der nationalen Grenzen eine unabhängige Politik zu betreiben. Solange die Sowjetunion existierte, blieb die Union für alle damaligen Mitglieder eine wesentliche Institution.

Die Europäische Union ist eine Art republikanisches Reich, in dem es kein Zentrum gibt und alle Mitglieder dieselben Rechte und Pflichten genießen. Doch als einem Imperium wohnt auch ihr der Drang zur Ausdehnung inne.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatten Mitglieder und Nichtmitglieder die gleichen Wünsche und Interessen. Die Expansion lag einerseits im Interesse der Union, wie auf der anderen Seite die neuen Demokratien daran interessiert waren, Mitglieder der Union zu werden. Doch mit dem Verschwinden des sogenannten natürlichen Feindes hat die Union einen ihrer wichtigen ethischen Grundpfeiler verloren. Mit dem Verlust dieses ethischen Grundpfeilers hat sich auch ihr Identitätsgefühl vermindert. Daher gibt es heute eine Union ohne Verfassung. Und obwohl sich nationale Identität nicht auf Verfassungspatriotismus beschränkt, kann es doch keine moderne demokratische politische Einheit ohne Verfassungspatriotismus geben.

Um Missverständnisse zu vermeiden, will ich nochmals unterstreichen: Das Verschwinden des sowjetischen totalitären Systems ist der größte Erfolg, der in

Europa wie in der ganzen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht wurde. Er ist ein unerwarteter Segen. Doch man muss mit diesem Segen, wie mit allen Arten des persönlichen Segens, etwas anzufangen wissen. Jubel ist zwar ein wichtiger Gefühlsausdruck, doch kein sinnvoller Umgang mit dem Segen. Auf diesen Segen muss man mit Arbeit antworten.

Am Anfang meines Vortrags habe ich kurz auf die ersten Deutungen der neuen Weltsituation hingewiesen. Diese Darstellungen – wie die vom Ende der Geschichte, dem Ewigen Frieden, dem endgültigen Sieg der Demokratie oder des Kapitalismus – stellen eher Gefühlsausdrücke als Deutungen dar. In einer neuen Weltsituation erscheinen jedoch immer neue Mächte, neue Probleme, neue Gefahren, und man muss Antworten auf diese neuen Probleme und Gefahren finden.

Im begrenzten Rahmen dieses Vortrages kann ich mich nicht mit allen Veränderungen der Weltsituation befassen. Nur einige kann ich kurz streifen. Die repräsentativen totalitären Mächte Europas, Nazismus und Bolschewismus, sind in einem säkularen Milieu, im Kampf mit traditionellen Religionen entstanden. Sie haben europäische Ideologien, denen die Betrachtung der Rassen oder der Klassen zugrunde lagen, fundamentalistisch interpretiert und als Orientierung im Kampf um die Macht benutzt.

Nach dem Verschwinden der Sowjetmacht benutzen neue totalitäre Regierungen eher Religionen, besonders den Islam, in der Art und Weise, wie die europäischen totalitären Mächte Rassen oder Klassen benutzt hatten. Auch einige unter Sowjeteinfluss stehenden Mächte verstärkten damals ihre Positionen mit religiösen fundamentalistischen Ideologien.

Neu ist das Phänomen, dass radikale Bewegungen auf der rechten wie auf der linken Seite im Rahmen des parlamentarischen Systems operieren und auf die früher so beliebte Machtergreifung durch radikale Revolutionen verzichten. Eine Ausnahme bilden Staaten, in denen schon vor dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ein ähnliches System bestanden hat, wie zum Beispiel in Nordkorea.

Nach dem Verschwinden der Sowjetmacht glaubte man, dass die Vereinigten Staaten als einzige Weltmacht verblieben seien. Auch das hat sich anders entwickelt. Obwohl Amerika noch immer der stärkste Akteur ist, drehen sich die Weltpolitik und die Weltwirtschaft mehr und mehr um verschiedene Achsen. Und man muss zunehmend mit regionalen Großmächten wie dem Iran rechnen. In diesem Sinne wird die Welt sowohl politisch als auch ökonomisch dezentralisiert.

Die Europäische Union sollte eine Politik entwickeln, die dieser neuen Situation entspricht. Um das tun zu können, müssen aber die Völker die Union zumindest bis zu einem gewissen Grad als ihre eigene Institution anerkennen. Die Union sollte auch über eigene militärische Mittel verfügen. Sie steht heute auf schwachen Füßen. Das gilt für die Außenpolitik wie für die Innenpolitik.

Ökonomische Macht allein, den starken Euro inbegriffen, macht aus Europa noch keinen wichtigen Faktor auf der heutigen Weltbühne.

Wenn man die heutigen Bürokraten der Europäischen Union reden hört, glaubt man, dass alles auf dem besten Wege sei und wir mit immer größeren Schritten in eine wunderbare Zukunft voranschreiten. Befasst man sich aber mit den tatsächlichen Problemen, ergibt sich ein vollkommen anderes Bild.

Es gibt heute keine europäische Identität. Wenn man Kinder in den neuen Mitgliedsstaaten der Union, z. B. in Ungarn, fragt, was es für sie bedeute, Europäer zu sein, werden sie nicht einmal die Frage verstehen. Im Gegenteil: In der Regel werden sie entgegnen, was es für sie bedeute, Ungar oder Rumäne zu sein. Ich glaube, dass das – vielleicht nicht überall in dieser extremen Weise – in allen Mitgliedsstaaten die Antwort sein wird. Es gibt schon jetzt eine Spannung zwischen Zentrum und Peripherie, doch ohne jegliches Identitätsgefühl werden sich aus dieser Spannung Konflikte entwickeln. In den Wahlen zum Europäischen Parlament sind es vor allem innenpolitische Probleme, die eine Rolle spielen. Niemand denkt an Brüssel, alle denken an Budapest, Bukarest oder Bratislava. Für die Mittelschichten dieser Länder ist Europa ein Ort, wo man die Chance hat, besser bezahlte Arbeit zu finden. Für die gebildeten Schichten schließlich ist Europa das Museumsviertel, das man ohne Reisepass besuchen kann.

Dies sind Freiheiten, die man einerseits vor allem dem Zusammenbruch des Sowjetregimes zu verdanken hat, aber ebenso der Garantie der Menschenrechte innerhalb der Europäischen Union. Doch während sich Einige an diese Freiheiten – wie an alle Freiheiten – sehr schnell gewöhnt haben, bedeuten sie Anderen, nämlich den Ärmsten, praktisch nichts. Zumindest fühlen sie nicht, dass die Freiheiten etwas bedeuten, denn sie sind ihnen selbstverständlich.

Um eine europäische Identität zu entwickeln, darf Europa nicht nur ein Wertbegriff sein, sondern muss zu einer wirklichen politischen Einheit verschmelzen, einer Einheit mit einer unabhängigen und erkennbaren Politik und vor allem mit einem eigenständigen Ethos, einer Lebensweise, die man zu verteidigen bereit ist.

Diese Notwendigkeit war schon seit einiger Zeit zu spüren, doch haben manche darauf meiner Meinung nach falsch reagiert. Sie reagierten nämlich im Geist von Carl Schmitt. Um eine eigene Identität zu bilden, bedürfe man eines negativen Bildes des »Anderen«. Man müsse »uns«, unsere Werte gegen die schlechten »Anderen« behaupten. So entwickelte sich besonders in Deutschland ein starker Anti-Amerikanismus. Amerika wurde als der »Andere« konstituiert. Präsident George W. Bush erleichterte dieses Manöver, doch tatsächlich stellte er nur den Prügelknaben in diesem Spiel dar. Die Inszenierung funktioniert heute kaum noch. Und wenn man schon einen »Anderen« wählen muss, sollte man einen anderen »Anderen« wählen. Zum Beispiel die Mächte und Beförderer des Terrors.

Ich glaube, dass es besser ist, mit nüchternem Blick und ohne Verklärungen auf die europäische Vergangenheit zurückzublicken. Die Idealisierung der europäischen Vergangenheit behindert uns in der Entscheidung dafür, in den kommenden Jahren eine bessere Zukunft für die Europäische Union und für ganz Europa vorzubereiten.

Die Sowjetunion ist zusammengebrochen. Der Zusammenbruch zu genau diesem Zeitpunkt war, wie gesagt, zufällig, wie alle politischen Begebenheiten zufällig sind. Doch man darf aus der Zufälligkeit des Zusammenbruchs nicht den Schluss ziehen, dass die Entstehung der Sowjetmacht nichts mit der europäischen Vergangenheit zu tun habe.

Ideologie ist an sich eine moderne europäische Erfindung. Die Moderne entwickelte sich im Allgemeinen zuerst in Europa. Europa war aber auch der erste, ja bislang der einzige Kontinent, wo sich säkulare Ideologien in ihren fundamentalistischen Versionen entwickelten. Kommunismus wie auch Nazismus sind modern. Der sowjetische Kommunismus ist trotz all seiner Eigenheiten europäisches Erbe und kein mittelalterlicher oder gar byzantinischer Überrest. Natürlich ist Karl Marx nicht für den Leninismus oder den Stalinismus verantwortlich. Aber man darf auch nicht vergessen, dass sich die Begründer der Sowjetherrschaft immer auf westliche Ideen berufen haben, besonders auf das säkulare Erbe der Aufklärung. In Westeuropa, besonders in Italien und Frankreich, haben herausragende Intellektuelle über lange Zeit hinweg die Sowjetherrschaft begrüßt und verteidigt. Ebenso wie einige Intellektuelle seinerzeit das »Dritte Reich« begrüßten und verteidigten. Totale Herrschaft ist durch und durch modern und als solche auf europäischem Boden gewachsen.

Es gibt noch andere Probleme und Verheißungen der europäischen Tradition, die bis heute eine nicht geringe Rolle spielen. So hat Europa, im Unterschied zu den Vereinigten Staaten und zu Australien zum Beispiel, bei der Integration fremder Kulturen und Lebensweisen eine sehr schlechte Bilanz. Europa war schon in der Ära der großen Reiche vor dem Ersten Weltkrieg durch starke nationalistische Bewegungen gekennzeichnet, die sowohl zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wie zum Zerfall des Habsburgerreiches beitrugen.

In einem einheitlichen Nationalstaat bleibt fremden Kulturen nur ein einziger Weg der Integration offen: die Assimilation. Der typische Fall war der der Assimilation der Juden. Sie wurden in allen Nationalstaaten vor die Wahl gestellt: sich in die dominierende Kultur zu assimilieren oder isoliert zu werden. Hannah Arendt nannte das die Wahl zwischen einer Existenz als Parvenü oder als Paria. Etwas Ähnliches passierte auch anderen Minderheiten, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, wie zum Beispiel der deutschen Minderheit in Ungarn. Heute wiederholt sich das Problem mit den Roma und mit Immigranten, deren Kultur den Nationalstaaten, in denen sie sich befinden, fremd ist.



Integration ist eine Vorbedingung des Zusammenlebens. Wer z. B. in einem bestimmten Staat lebt, soll die Gesetze dieses Staates befolgen. Doch die Normen der Integration und der Assimilation sind weder politisch noch psychologisch dieselben. Doppelte Identität ist selbstverständlich im ersten Fall, unmöglich im zweiten. Hier wird stets ein Bekenntnis zur Mehrheitsidentität eingefordert.

Dass die europäischen Völker freiheitsliebend sind, ist ein altes Stereotyp, das man bis auf Aristoteles zurückführen kann. Stellt man die europäische Tradition der Tradition des orientalischen Despotismus gegenüber, beruht es keineswegs auf einem bloßen Vorurteil. Doch im 20. Jahrhundert kann man dem kaum noch zustimmen, ohne es zu hinterfragen. Zieht man Pro und Kontra in Betracht, könnte man behaupten, dass Freiheit von den großen europäischen Philosophen – unter anderen von Kant – nicht ohne Grund als zentrale normative Kategorie angesehen wurde. Der Liberalismus ist zweifelsohne auf dem Boden der europäischen Moderne gewachsen.

Doch auch der Bonapartismus hat hier seine Ursprünge. Im selben Lande, das die moderne Republik gebar, in Frankreich, kam auch der moderne Bonapartismus zur Welt. Dieselben Völker, die die Freiheit begrüßten, haben meist auch den großen Führern und Kriegsherren zugejubelt.

Und auch folgende Frage wird seit derselben Zeit von vielen Kritikern gestellt: Schätzen die freiheitsliebenden europäischen Völker die Freiheit anderer Völker eben so hoch wie ihre eigene? Wir kennen seit Langem die Antwort auf diese Frage. Schon vor dem Aufkommen des theoretischen Rassismus haben die Europäer ihre, die sogenannte weiße Rasse, als allen anderen überlegen angesehen und daraus ihr Recht auf die Beherrschung des gesamten Erdballs abgeleitet. Die weiße Rasse der Kolonialisten, besonders die Briten, das war die blonde Bestie der damaligen Welt.

In der Zeit der Dekolonisierungsbewegungen haben einige europäische Intellektuelle daraus den Schluss gezogen, dass der auf europäischem Boden entstandene Universalismus nur ein ideologischer Schleier sei, um die Brutalität des Kolonialismus zu verdecken. Alle Kulturen seien miteinander gleich, während der Universalismus die Anerkennung der Differenz vertrete. Sarastro aus Mozarts »Zauberflöte« wurde als ein Tyrann bezeichnet. Dieser Gedankengang war jedoch ebenso einseitig wie es das zuvor geäußerte unbedingte Lob der Universalität war, und er war nicht minder gefährlich.

Die Befürworter der Europäischen Union betonen immer wieder, dass die europäischen Nationen nicht nur freiheits-, sondern auch friedliebend seien. Es wird oft vergessen, dass sich die europäischen Völker der größten Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts schuldig gemacht haben, dass der Erste Weltkrieg ein europäischer Weltkrieg gewesen ist, dass auch der Zweite Weltkrieg europäischen Ursprungs war, und dass sowohl Auschwitz wie der Gulag das Werk europäischer Völker sind. Durch Europäer und in Europa sind Millionen von Menschen getötet worden.

Nach diesen irrsinnigen Verlusten sind die europäischen Völker heute wahrlich friedliebend geworden. Das ist gut und schön so. Doch geht auch mit dieser Entwicklung eine Aporie einher. Man kann nicht immer zur selben Zeit freiheits- und friedliebend sein. Freiheitsliebe kann oft mit Brutalität gepaart sein, Friedensliebe mit Feigheit. Man kann durch Freiheitsliebe unfähig sein, den Frieden zu bewahren, aber auch durch Friedensliebe die Fähigkeit verlieren, die Freiheit zu verteidigen.

Politische und kulturelle Traditionen ähneln Begriffen. Sie sind unabhängig vom Kontext, in dem sie erscheinen. Von den Entscheidungen, die man im Geiste der heilsamen Traditionen und gegen den Geist der gefährlichen Traditionen trifft, hängt die Zukunft der Europäischen Union und ganz Europas ab.

Wie man über den Geist der Völker spricht, kann man auch über den Geist der Völker innerhalb der Europäischen Union sprechen. Ich meine den Geist des Tages, den Zeitgeist.

Der Vergleich des Volksgeistes einiger Nationen ist ein abgeschmacktes Geschäft, daher sage ich das Folgende unter Anführungszeichen: Verglichen mit den Amerikanern sind die Europäer heutzutage nicht nur skeptisch, sondern auch zynisch. Sie haben vergessen, an ihre eigenen Werte zu glauben. Nicht nur an ihre Unwerte, was man begrüßen kann, sondern sie haben auch vergessen, an die Werte der Freiheit und der Demokratie zu glauben. Amerikaner sind naiv, gelegentlich auch beschränkt, doch glauben sie an ihre Werte, an die Verfassung, die Freiheit, auch an die Marktwirtschaft und die Demokratie. Sie sind bereit, diese Werte zu verteidigen, für sie Dinge zu opfern, die ihnen wichtig sind. Diese Unbedingtheit fehlt den Europäern.

Die Gefahr besteht nicht allein in der schwachen Legitimitätsbasis der Europäischen Union, sondern darüber hinaus in einem anderen Mangel. Menschen können im Allgemeinen nicht über lange Zeit ohne Glauben leben, ohne sichere Punkte im Leben zu haben, ohne den sogenannten »Sinn des Lebens«. Nur vorübergehend kann diese Lücke durch Fitnessmanie oder Gier nach Sex gefüllt werden. Der sich neu entfaltende Einfluss der Religionen, von Habermas »postsäkular« genannt, wird hierfür nicht genügen. Man fürchtet nicht die Wiederkehr fundamentalistischer Ideologien, wenn kein Bedürfnis für sie besteht. Aber, so sehe ich es, ein ähnliches Bedürfnis fängt an, sich zu entwickeln. Wenn wir Glück haben, können daraus neue Bewegungen entstehen, die denen von 1968 ähnlich sind. Doch wir haben nicht immer Glück.

Bei den Völkern einiger neuer Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist bereits der Eindruck entstanden, dass die Union an der Politik und den Institutionen der einzelnen Mitgliedstaaten nicht mehr sonderlich interessiert sei. Ohne auf Sanktionen der Union zu treffen, könnten sich in einzelnen Mitgliedstaaten Autokratien etablieren, könnte es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommen, könnte sogar Rassismus breit toleriert werden. Man bräuchte dem nur entgegenhalten, dass die Regierung gewählt worden sei wie

# Vandenhoeck & Ruprecht

## Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Band 34

Die Revolutionen des Jahres 1989 veränderten das Gesicht der osteuropäischen Staaten grundlegend. Wo vorher autoritäre Diktaturen herrschten, bildeten sich demokratische und souveräne Staaten. In den Volksbewegungen, die diese Umwälzungen in Gang setzten, agierten Persönlichkeiten, Organisationen, Gruppierungen und verkörperten sich Energien, Motive und politische Visionen unterschiedlichster Art. Oft über lange Zeiten verdrängte nationale und historische Prägungen gaben den revolutionären Dramen in den einzelnen Ländern ein jeweils spezifisches Angesicht. Inwiefern sie darüber hinaus einander anregten, sich auf unterschiedliche Weise ähnlichen Herausforderungen zu stellen hatten, sich aus den Revolutionen ein offener europäischer Prozess ergab, analysieren die Beiträge dieses Sammelbandes.

### Der Herausgeber

Dr. Bernd Florath ist Mitglied der Robert-Havemann-Gesellschaft und Projektleiter in der Abteilung Bildung und Forschung des BStU.

ISBN 978-3-525-35045-4



[www.v-r.de](http://www.v-r.de)